

Friedensanleihen in der Schusslinie

Innovative Geldbeschaffung für Armutsprogramme oder Gebaren traditioneller Politik in der Zivilgesellschaft? Das gemäßigt progressive Netzwerk CODE-NGO hatte im Oktober 2001 öffentliche Anleihen — Peace Bonds genannt — zu Vorzugsbedingungen im Wert von 10,2 Milliarden Pesos (23 Millionen Euro) erworben. Unter dem Dach von CODE-NGO haben sich 12 Unternetzwerke mit über 2500 Mitgliedsorganisationen — Nichtregierungsorganisationen, Basisorganisationen und Kooperativen — vereint. CODE-NGO diente als Schaltstelle des breiten Bündnisses KOMPIL II, das im letzten Jahr maßgeblich die Protestaktionen gegen Ex-Präsident Estrada — die sogenannte People Power II oder EDSA DOS — organisiert hatte. Einige aus ihren Reihen besetzen unter Präsidentin Arroyo mittlerweile Regierungsposten.

Die von der Steuer befreiten »Friedensanleihen« wurden unter Vermittlung der RCBC-Bank für 12 Milliarden Pesos

verkauft. Von den 1,8 Milliarden Gewinn erhielt die RCBC 400 Millionen Kommission und CODE-NGO 140 Millionen Pesos. Die übrigen 1,26 Milliarden wurden Kapital einer von CODE-NGO neu ins Leben gerufene Stiftung, der Peace and Equity Foundation, aus deren Erträge Armutsbekämpfungsprogramme finanziert werden sollen.

Die Anleger der Peace Bonds erhalten keine Zinsen, allerdings werden ihnen nach zehn Jahren insgesamt 35 Milliarden Pesos ausgezahlt. CODE-NGO sieht in der Ausgabe von Anleihen eine innovative Form der Geldbeschaffung, gerade da Entwicklungshilfegelder aus dem Ausland immer spärlicher werden.

Die Kritiker/innen werfen CODE-NGO hingegen vor, seine zahlreichen guten und engen Kontakte zur Regierung genutzt zu haben. So ist etwa die Vorsitzende von CODE-NGO Marissa Camacho Reyes zugleich die Schwester des Finanzministers Isidoro Ca-

macho. Das nationale Schatzamt, das die Anleihen ausgegeben hatte, untersteht dem Finanzministerium. Bei dem Deal handele es sich um eine Gefälligkeit für die prominente Rolle von CODE-NGO während EDSA DOS.

Methoden der traditionellen Politik wie Vetternwirtschaft, undurchsichtiger Einsatz persönlicher Verbindungen, die Nutzung von Informationsasymmetrien und Rent Seeking (Prüfungsversicherung) erhielten so Einzug in die Zivilgesellschaft, die solche Gebaren stets kritisiert hat und vorbildhaft für eine alternatives politisches System sein sollte. Auch die nobelsten Zwecke heiligen nicht alle Mittel, so die Freedom from Debt Coaliton, ein konkurrierendes politisches Netzwerk, das zu den lautesten Kritikern des Deals gehört.

Wenn aus gut zehn Milliarden Pesos Schulden nach zehn Jahren 35 Milliarden werden, hätte es zudem eine effizientere Form der Ressourcengewinnung für Sozialpro-

nachrichten

gramme geben können, gerade wenn man die entgangenen Gewinnsteuern, die auf bis zu 5,7 Milliarden Pesos beziffert werden, mit einbezieht. Zudem hätten öffentliche Gelder allen zugute kommen müssen — und nicht bevorzugt Partnerorganisationen von CODE-NGO. So aber zahle die Öffentlichkeit am Ende die Zeche.

Anfang März haben sich Marissa Camacho Reyes und der nationale Koordinator von CODE-NGO Dan Songco auf »unbestimmte Zeit beurlauben« lassen.

Vgl. IPD Reader Februar 2002, Business World, 15.2.02, Manila Times, 8.3.02

»Terroristenfans«

»Ihr seid keine Filipinos, wenn ihr gegen den Frieden und Fortschritt seid, der euch von dem Balikatan (Schulter-an-Schulter)-Einsatz geboten wird. Ihr seid keine Filipinos, wenn ihr gegen die Hilfe von einem Freund seid. Und wenn ihr keine Filipinos seid, wer seid ihr dann?« Mit diesen Worten widersetzte sich Präsidentin Arroyo der lautgewordenen Kritik an den gemeinsamen Kriegsspielen des philippinischen und US-amerikanischen Militärs in Basilan. Die Präsidentin eröffnete ihre wöchentliche Pressekonferenz mit einer feurigen Rede (in Tagalog gehalten), die stark an US-Präsident Bushs »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns« — Bemerkungen nach dem 11. September, erinnerte. Sie entließ Kritiker, die vor einem wiederkehrenden Einfluss der USA im Land warnten, mit dem Verweis auf die »historische Freundschaft« zwischen den beiden Ländern. »Nach den sechsmonatigen Übungen werden wir eine neues, verbes-

sertes und stärkeres Militär haben«, so die Präsidentin. Das Ergebnis würde Friede und Ordnung, die Rückkehr von Investitionen und eine volle wirtschaftliche Erholung sein. Gegner einer US-Präsenz im Land, welche sie »Terroristenfans« nannte, fragte sie: »Wer ist dagegen unsere Streitkräfte zu stärken? Wer ist gegen die Hilfe, die andere Länder uns zukommen lassen, um die philippinische Bevölkerung zu schützen?« Und weiter: »Liebt ihr diese Banditen und die Lager von Osama bin Laden mehr als das Land, das euch helfen will?« Sie fügte hinzu, es würde für die Filipinos Zeit zu wissen, wer Frieden und Freiheit liebe und wer sich mit Terroristen verbünde. »Du bist entweder für oder gegen Demokratie, Freiheit und Wohlstand,« betonte Präsidentin Arroyo. »Passive Zuschauer kann es nicht geben.«

vgl. Manila Times, 9.2.02

Siehe auch: Kriegsgrübe aus Afghanistan, S. 73-76.

Metamorphose

Waren es nun die Abu Sayyaf oder die MILF, die in dem Video gezeigt wurden, das kürzlich von der philippinischen Polizei in den Medien in Umlauf gebracht wurde und zur Hauptsendezeit im Fernsehen national ausgestrahlt wurde? Das Video von extrem schlechter Qualität zeigt mindestens zwei Fälle, wo ein mit einer Machete bewaffnetes Mitglied einer pöbelnden Gruppe Menschen enthauptet, die entweder Soldaten oder Mitglieder einer CAFGU-Gruppe gewesen sein sollen.

Ein paar Tage nach der Ausstrahlung des Videos enthüllten zwei früheren Fernsehreporter und einige Regie-

rungsbeamte der ehemaligen Estrada-Regierung, dass es sich um das selbe Filmmaterial handele, das vor zwei Jahren den Mitgliedern der katholischen Bischofskonferenz gezeigt worden war, um den »totalen Krieg« der Regierung gegen die MILF zu rechtfertigen. Damals wurden die Übeltäter als MILF-Separatisten bezeichnet.

Jetzt behaupten Beamte der Arroyo-Regierung, dass es sich um Mitglieder der Abu Sayyaf-Gruppe handele.

vgl. Business World, 23.2.02

nachrichten

Glaubt man dem Verteidigungsinformationsdienst (defense intelligence operatives), gibt es neue Akteure in dem sich intensivierenden Mindanao-Konflikt. Die neue Gruppe, vor der das Verteidigungsministerium warnt und die sich — laut anonymen Quellen — Moro Liberation Front (MLA) nennt, soll eine maoistisch geprägte Formation sein und unter der

Schirmherrschaft der NDF operieren. Die Gruppe sei vor kurzem eine taktische Allianz mit der MNLF (Moro National Liberation Front), der MILF (Moro Islamic Liberation Front) und den Abu Sayyaf eingegangen. »Einige aus der Mitgliedschaft der MLA sind Teil der Misuari-Gruppe, aber die Führung scheint aus Linken von muslimischen Bevölkerungsgruppen zusammengesetzt zu sein, die sowohl von der MILF als auch der MNLF enttäuscht sind,« so die Quelle aus Mindanao. Ein Informant aus höchsten Kreisen der Militärführung bestätigte Berichte und sagte »die Bedrohung« würde »sehr ernst genommen«. Die MLA habe

Neuer Krieg in Zentralmindanao?

sogar Verbündete unter Christen und Lumads. »Ich bin sicher, dass sie sich irgendwo im Verborgenen auch untereinander bekämpfen, wie es auch in vielen kommunistischen Ländern geschieht. Aber heute sind sie alle Verbündete.« Neben der MLA würden auch urbane Guerillagruppen der Koalition beitreten, um taktische Ablenkungsmanöver in Mindanao, Cebu und Metro Manila durchzuführen.

Eine unabhängige Bestätigung dieser Berichte von religiösen oder Menschenrechts-Gruppen gab es allerdings nicht. Vielmehr ist zu beobachten, dass in den letzten Monaten staatlicherseits

gerne Entführungen, Überfälle und Greuelthaten MILF und NPA in die Schuhe geschoben und ihnen Verbindungen zu den Abu Sayyaf unterstellt werden. Es ist zu befürchten, dass es sich dabei um die propagandistische Vorbereitung von Angriffen gegen diese beiden stärksten Aufstandsbewegungen handelt. Mehrmals hörte man aus Kreisen der Militärführung Verlautbarungen wie »Nachdem wir mit den Abu Sayyaf fertig sind, erledigen wir auch noch NPA und MILF«.

vgl. *Manila Times*, 5.2.02, 6.3.02

Anstieg an gewöhnlichen Verbrechen

Während alle damit beschäftigt waren, den Balikatan-Einsatz zu verteidigen oder zu kritisieren, schwappte eine Welle an Verbrechen über Cebu, und vor allem Cebu City. Die Abu sayyaf, die man im Moment gerne für alles verantwortlich macht, können diese Verbrechen nicht zur Last gelegt werden. Erste Berichte weisen auf Fremde hin, einige der Räuber sprachen Tagalog; die Polizei nimmt aber an, dass die meisten Überfälle in Cebu auf »Jungs von hier« zurückzuführen sind.

Als Ursachen für die steigende Kriminalität wird die hohe Arbeitslosenquote genannt. Die Polizei vermutet, dass auf Bewährung freigelassene Mitglieder von angeblich nicht mehr aktiven Räuberbanden hinter den Taten stehen.

Letztes Jahr wurde eine Frau erschossen, die versuchte hinter dem Dieb herzurennen, der sie und weitere Pas-

santen überfallen hatte. Viele Verbrechen werden erst gar nicht angezeigt. Die meisten finden es den Aufwand nicht wert, bei der geringen Chance auf Klärung des Falles.

Mehrere Polizisten in hohen Stellungen wurden entlassen, als bekannt wurde, dass sie Aufklärungsfälle sabotierten (gegen eine kleine Aufwendung natürlich). Das beschlagnahmte Shabu (Schnüffeldroge, Anm. d. Red.) wird unter den verhafteten Personen verteilt, damit diese eine Kautions hinterlegen können. Der Anstieg an Verbrechen und die Unfähigkeit der Autoritäten die Verbrechen aufzuklären und zu verhindern, schwächen das Vertrauen der Bevölkerung in Gesetz und Regierung.

vgl. *Manila Times* 6.2.02

15 Senatoren unterstützen die Aufhebung der Todesstrafe

Mindestens 15 Senator/innen, die der Meinung sind, die 1994 eingeführte Todesstrafe habe nicht zur Verminderung der Verbrechen beigetragen, überprüfen erneut die Forderungen nach der Aufhebung der Todesstrafe. Sie unterstützen das von Oppositionsführer Aquino Pimentel eingereichte Gesetz 827, das auf die Abschaffung der Todesstrafe drängt und sie durch lebenslängliche Haftstrafe für Kapitalverbrechen ersetzen will.

Pimentel meint, das Gesetz habe es nicht geschafft, die Zunahme von Verbrechen, besonders die ausufernden Entführungsfälle zu stoppen. Bemühungen, Verbrechen zu verhindern, sollten auf eine striktere Durchsetzung von Gesetzen abzielen und mehr Gerechtigkeit — besonders für die Armen — gewährleisten.

Die Regierung hatte 1999 — der Wiederaufnahme der Todesstrafe durch tödliche Injektion folgend — sieben Personen exekutiert. Mittler-

weile 1690 Personen sitzen in den Todeszellen, die meisten werden der Vergewaltigung beschuldigt. Im April 2001 hatte die Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo eine dreijährige Aussetzung der Todesstrafe veranlasst. Im Oktober hatte die Präsidentin jedoch diese Entscheidung zurückgenommen. Unter den Befürwortern des von Pimentel geforderten Gesetzes befinden sich Senatspräsident Franklin Drilon und die Senator/innen Sergio Osmeña, John Osmeña, Manuel Villar, Edgardo Angara, Blas Ople, Joker Arroyo, Juan Flavio, Francis Pangilinan, Ralph Recto, Teresa Aquino-Oreta, Vicente Sotto III, Luisa Ejercito-Estrada und Noli de Castro. Einige von ihnen gehören zum Lager von Ex-Präsident Estrada, dem bei Verurteilung im Korruptionsverfahren, das gegen ihn läuft, die Todesstrafe droht.

vgl. *Manila Times*, 12.3.02